

Scharons Stunde der Wahrheit¹

von Reiner Bernstein

Der israelische Ministerpräsident hat am 2. Mai das Referendum in seiner Likud-Partei über den vollständigen Rückzug aus dem Gazastreifen und die Aufgabe von vier Siedlungen im Norden der Westbank verloren. Das Ergebnis verwundert nicht, schließlich hatte die israelische Öffentlichkeit viele Jahre lang von Ariel Scharon anderes vernommen als die Bereitschaft zum Verzicht auf palästinensische Territorien. Scharon war es, der Israels Besitzansprüche auf die Westbank und den Gazastreifen durch konfiskatorische, demographische, bauliche und sicherheitspolitische Maßnahmen betonieren ließ. Und so machten auch diesmal bereits vor der Abstimmung Mutmaßungen die Runde, wonach Scharon die Niederlage von vornherein in Kauf nehmen wollte, mehr noch: gerade darauf abzielte, um sich dem internationalen politischen Druck zur Räumung palästinensischer Gebiete mit dem Verweis auf das negative Likud-Votum besser widersetzen zu können. Angesichts seiner demonstrativen US-Reise vom April und der offenkundigen innenpolitischen Schwächung, die Scharon durch das negative Votum erfahren hat, scheinen diese Spekulationen indes nicht haltbar.

Feststehen dürfte hingegen, dass sich mit Scharons Reise die Rod Map vom Frühjahr 2003 in einer schweren Krise befand. Ihr Grundfehler bestand bereits darin, dass es sich erneut um einen Versuch handelte, den Konflikt durch diplomatische Interventionen von außen zu lösen, ihm gleichsam eine Regelung aufzuzwingen. Wie die Osloer Vereinbarungen litt sie darunter, dass es sich um keinen Friedensvertrag handelte, weil ein solcher nur zwischen souveränen Partnern geschlossen werden kann, sondern lediglich um politische Absichtserklärungen, die zudem über die Köpfe der Israelis und Palästinenser hinweg in Geheimverhandlungen zustande gekommen waren – ein Versäumnis, welches bereits auf die Dreiecksverhandlungen von Camp David im Juli 2000 zutraf. Weder Ehud Barak noch Yassir Arafat fuhren damals mit einem politischen Mandat auf den Sommersitz des US-amerikanischen Präsidenten, sondern beide ließen in sich gespaltene Öffentlichkeiten in Israel und Palästina zurück.

Mit der jüngsten Abstimmungsniederlage Scharons ist die tiefe Spaltung der israelischen Gesellschaft erneut unter Beweis gestellt worden, die zudem mitten durch die größte Regierungspartei geht. Noch ist völlig unklar, wie Scharon weiter vorgehen wird. Doch angesichts des offensichtlichen Scheiterns aller bisherigen Friedensbemühungen drängt sich ein fast schon wieder in Vergessenheit geratener spektakulärer Entwurf regelrecht auf: die Genfer Initiative.

Die Genese der Genfer Initiative

Es war gerade das tragische Scheitern in Camp David, das bei einzelnen Politikern beider Seiten den Willen auslöste, den Verhandlungsfaden nicht abreißen zu lassen. Nach einem fast dreijährigen, von Stillstand und Krisen bedrohten Konsultationsprozess gelang es, am 1. Dezember 2003 in Genf den weitreichenden Entwurf für einen Friedensvertrag vorzulegen.

Was sind seine Essentials? Die Genfer Initiative ist durch die Bereitschaft beider Gruppen gekennzeichnet, sich von politischen Maximalpositionen zu verabschieden, statt dessen richtet sie ihre Hoffnungen auf den Realismus zivilgesellschaftlicher Kräfte und erteilt jener Politik eine Absage, der an der Fortsetzung der Konfrontation gelegen ist, indem sie für die zentralen Probleme vier umfassende Lösungen anbietet: Erstens wird zur Beendigung der politischen Asymmetrie zwischen Israelis und Palästinensern die Herbeiführung der palästinensischen Souveränität über die Westbank und den

¹ Der Beitrag erschien in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ 6'04.

Gazastreifen im Rahmen eines (demilitarisierten) unabhängigen Staates Palästina in den Grenzen östlich der israelischen „Grünen Linie“ zwischen 1949 und 1967 vorgeschlagen, wobei ein Gebietsaustausch auf der Basis 1 zu 1 möglich sein soll. Zweitens wird die Forderung nach dem israelischen Rückzug aus den palästinensischen Gebieten und die Auflösung der jüdischen Siedlungen bekräftigt. Drittens schlägt die Genfer Initiative die Proklamation des vereinten Jerusalem als Hauptstadt der beiden Staaten vor, wobei die palästinensische Seite die Souveränität über das Plateau mit Al-Aksa- und Omar-Moschee und die israelische Seite jene über die „Klagemauer“ ausüben soll. Für die Regelung des palästinensischen Flüchtlingsproblems werden viertens die Ansiedlung im Staat Palästina, begrenzte humanitäre Maßnahmen in Israel, Aufnahmen in dritten Staaten sowie das Angebot materieller und finanzieller Kompensationsleistungen ins Auge gefasst. Zur Überwachung des Prozesses wird schließlich die Etablierung eines robusten internationalen Mechanismus („monitoring system“) anvisiert. Anders als die bisherigen Abkommen geht die Genfer Initiative also über einen bloß symbolischen Friedensschluss hinaus, indem sie einen mehr oder minder unterschriftsreifen Vertrag präsentiert. Als ein beinahe kompletter Entwurf ist sie den offiziellen Interimsplänen (Oslo, Wye Plantation, Mitchell- und Tenet-Plan, Road Map) weit voraus.

Die Widerstände sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Gesellschaft gegen diese Vorstellungen sind erwartungsgemäß massiv und vielfältig. Während der israelische Premier der Genfer Initiative vorwarf, sie sei ein „Schweizer Goldenes Kalb der israelischen Linken“, sahen palästinensische Vertreter „Verzichtspolitiker“ am Werk.

Von weiten Teilen der Weltöffentlichkeit wurde die Initiative hingegen begeistert begrüßt. Auf ihrer Rundreise trugen die beiden Delegationsleiter ihre Ideen für eine Friedenslösung Tony Blair, Jacques Chirac und Colin Powell vor. Yossi Beilin und Yasser Abed Rabbo wurden vom Auswärtigen Ausschuss des Bundestages emphatisch empfangen, ebenso von Johannes Rau und von Joschka Fischer; auch Gerhard Schröder nahm sich die Zeit für ein kurzes Gespräch. Die Genfer Initiative habe Berlin im Sturm genommen, bilanzierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Inzwischen ist sogar ein israelisch-palästinensisches Verbindungsbüro in New York eröffnet worden, das in der amerikanischen Öffentlichkeit für die Genfer Initiative werben soll.

Verschwunden in der Versenkung

Wie aber konnte die Initiative, obwohl sie weltweit ein derart positives Echo gefunden hatte, derart schnell in der Versenkung verschwinden – obwohl eigentlich gerade jetzt aus den genannten Gründen ihre Zeit gekommen sein müsste?

Zunächst drohten die großen Themen dieses Jahres die Genfer Initiative schnell von der medialen Oberfläche zu verdrängen. Die EU steht vor der politischen Bewährungsprobe der Ost-Erweiterung, die von den Regierungen ein äußerst hohes Maß an Aufmerksamkeit erfordert. Die USA haben, abgesehen vom Präsidentschaftswahlkampf mit seinen vorrangig innenpolitischen Themen, im Irak alle Hände voll zu tun; selbst Israelis aus dem Regierungslager führen bisweilen Klage über die Passivität Washingtons.

Die eigentlichen Ursachen liegen jedoch tiefer. Tatsächlich erschien den maßgeblichen politischen Kräften gerade in Europa eine nicht nur rhetorische, sondern die politische Unterstützung der Initiative von Anfang an nicht opportun. Beispielhaft dafür ist der Umgang mit ihr in der Bundesrepublik. Bereits am 9. Dezember hatte die FDP-Fraktion dem Deutschen Bundestag einen Entschließungsantrag vorgelegt, in der die zivilgesellschaftliche Bedeutung der Initiative von Genf begrüßt und die Bundesregierung aufgefordert wurde, dafür zu sorgen, dass sie im Rahmen des Nahost-Quartetts (USA, Russland, UNO, EU) beraten werde und auf eine nachdrückliche Unterstützung durch den Europäischen Rat hinwirken solle. Diesem Antrag und der rhetorischen Zustimmung höchster deutscher Repräsentanten zum Trotz begnügte sich der Bundestag am 13. Februar mit den Stimmen aller Fraktionen lediglich mit der Verabschiedung einer Erklärung, die sich zum einen in politischen Selbstverständlichkeiten erging – Betonung des Existenzrechts Israels und des palästinensischen Rechtes auf einen unabhängigen

Staat, die Beteiligung anderer Staaten in der Region bei der Suche nach Frieden, „besondere Verantwortung“ der USA –, zum anderen aber alle operativen Klauseln fallen ließ, die sich an die Bundesregierung und die Europäische Union richten würden. Wieder hatten sich jene Parlamentarier durchgesetzt, die das Nahost-Quartett samt seiner Road Map nicht an die Genfer Initiative anknüpfen wollen.

Bis zuletzt haben sich damit in der Bundesrepublik jene Stimmen behauptet, die dem Quartett nicht ins Handwerk pfuschen wollen und die damit aufs Neue bestätigen, welchen Stellenwert sie zivilgesellschaftlichen Projekten einräumen. Aber auch aus den anderen Europäischen Hauptstädten ist seit dem Dezember vergangenen Jahres wenig zu hören; alle europäischen Regierungen legen eine bemerkenswerte Zurückhaltung an den Tag, wenn es um die Mithilfe bei einer konstruktiven Debatte der Genfer Initiative geht. Dabei wird die Abstinenz offensichtlich von der Sorge getragen, sich bei Nahost-Vorschlägen erneut zu „verbrennen“. Entgegen allen politischen Beteuerungen, die der „hochgefährlichen Region“ (Fischer) höchste politische Priorität einräumen, soll den Amerikanern nach wie vor der Vortritt gelassen werden – ein diplomatischer Unilateralismus der besonderen Art.

Erst wenn ein neues deutsch-französisches Papier mit ergänzenden und vervollständigenden Vorschlägen zu Bushs geplanter „Greater Middle East Initiative“ tatsächlich vorgelegt werden sollte, wird sich erweisen, ob die amerikanisch-israelischen mit den europäischen Konzepten wirklich kompatibel sind. Vieles spricht dagegen, zumal letztere die Faktoren Frieden und Sicherheit in zivilgesellschaftlichen Kategorien (Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat, „good governance“, wirtschaftliche Entwicklung und Bildung) definieren wollen und sich damit deutlich vom Vorrang militärisch-strategischer Positionierungen (Israels „qualitative edge“) absetzen würden.

Wind of change?

Trotz der neuen Unübersichtlichkeit lassen sich Zeichen der Hoffnung ausmachen. Der amerikanische Außenminister Colin Powell hat bei der als „wichtigstes Treffen“ des Nahost-Quartetts bezeichneten Zusammenkunft am 4. Mai zum ersten Mal namens seiner Regierung der Formel zugestimmt, dass „die Besatzung, die 1967 begann, beendet werden“ müsse. Damit knüpfte er an das Schlusskommuniqué des Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 25. und 26. März an. Mit beiden Erklärungen haben die Mitglieder des Quartetts eine Konkretisierung der Road Map vorgenommen, die das Ziel der Zweistaatenlösung in der Westbank und im Gazastreifen nennt. Mithin beziehen sie sich auf Vorstellungen der Genfer Initiative, ohne sich zu ihr zu bekennen.

Diese noch schwachen Anzeichen einer Aufbruchsstimmung in der internationalen Diplomatie sollten jetzt dazu genutzt werden, jene „Allianz der Gemäßigten“ (Allianz) zu ermutigen, die gegen eine chauvinistische, religiös argumentierende Politik opponiert und Elemente der Road Map mit Vorschlägen der Genfer Initiative verbinden will.

Wehrdienstverweigerer, dramatische Aufrufe ehemaliger Geheimdienstchefs und die Sorge vor einem moralischen Kollaps des Zionismus, wie sie der ehemalige Parlamentspräsident Avraham Burg im Herbst vergangenen Jahres vorgetragen hat, geben zu erkennen, dass die israelische Gesellschaft politisch in Bewegung geraten ist. Kundgebungen der israelischen Friedensbewegung unterstreichen, dass sie nicht länger der politischen Rechten den öffentlichen Raum überlassen will. Es kommt deshalb darauf an, in der israelischen und palästinensischen Bevölkerung für die Genfer Initiative Vertrauen zu schaffen und in beiden Gesellschaften um Mehrheiten zu werben. Ohne eine politische Renaissance der Arbeitspartei wird es eine Neuordnung der nationalen Interessen Israels allerdings nicht geben. Dieser Ansatz ist schwer zu realisieren, weil die Arbeitspartei derzeit eher einer Koalition mit dem Likud zuneigt und die „Abweichler“ nur wenige Abgeordnete mit Amram Mitzna und Chaim Ramon an der Spitze ausmachen. Ohne die Arbeitspartei wird es auch Beilin mit seiner neuen Yachad-Partei schwer haben, zusätzlich zum allgemeinen Parteiprogramm das Anliegen der Genfer Initiative in der israelischen Bevölkerung zu verankern. Hinzu kommt, dass selbst das Prestige Beilins mittlerweile darunter zu leiden droht, dass er seine überparteiliche Anwaltschaft für die

Genfer Initiative zugunsten der Führungsposition in Yachad, die mit Meretz eine Fraktion in der Knesset bildet und Beilin in die Parteidisziplin einbindet, aufgegeben hat.

Und dennoch: Trotz dieser Probleme der israelischen Opposition läge eine Chance in baldigen Neuwahlen. Sie würden zeigen, welche politischen Positionen in der israelischen Öffentlichkeit derzeit tatsächlich überwiegen. Einiges spricht nach den Tragödien der letzten Jahre dafür, dass dies nicht die Anhänger einer fortgesetzten Siedlungspolitik sein werden.
